



Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde am 21.11.2024, 18:00 Uhr

Sitzungsort: Familiengarten Eberswalde, Stadthalle „Hufeisenfabrik“,
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde
Art der Sitzung: Hybridsitzung

TAGESORDNUNG

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
3	Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 17.10.2024	
4	Feststellung der Tagesordnung	
5	Informationen des Vorsitzenden	
6	Einwohnerfragestunde	
7	Informationen aus der Stadtverwaltung	
8	Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen	
9	Genehmigung von Eilentscheidungen	
10	Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)	
10.1	5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde	BV/0041/2024
10.2	5. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Eberswalde (StrR EW)	BV/0065/2024
10.3	7. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung von öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)	BV/0062/2024
10.4	Jahresabschluss der Stadt Eberswalde zum 31.12.2023	BV/0056/2024
10.5	Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den Jahresabschluss 2023	BV/0057/2024
10.6	Anpassung der Höhe der Fraktionsgelder	BV/0071/2024
11	Informationsvorlagen	

12	Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung	
12.1	Fraktion Alternative für Deutschland: Zweite Nachfolgeanfrage zur Flüchtlingsunterkunft „Haus am Stadtsee“	AF/0025/2024

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	

Um 18:00 Uhr wird zu Beginn der Sitzung zu Ehren des kürzlich verstorbenen Stadtverordneten Herrn Volker Passoke eine Schweigeminute eingelegt.

Herr Hoeck, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung (StVV), eröffnet sodann die öffentliche Sitzung und begrüßt alle Anwesenden zur Hybridsitzung der StVV der Stadt Eberswalde, an der nachstehende Stadtverordnete mit begründeten genehmigten Anträgen gemäß § 34 Abs. 2 BbgKVerf per Videozuschaltung teilnehmen dürfen:

Name	gemäß Antrag vom:	und Genehmigung vom:
Herr Banaskiewicz	19.11.2024	19.11.2024
Herr Fischer	21.11.2024	21.11.2024
Herr Zinn	20.11.2024	20.11.2024

Herr Fischer und Herr Zinn teilen auf Nachfrage jeweils mit, dass die Video- und Audioübertragung funktioniert.

Herr Banaskiewicz ist zu Beginn der Sitzung noch nicht per Videozuschaltung anwesend.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	

Herr Hoeck stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Einwendungen werden hiergegen nicht vorgetragen.

Herr Hoeck stellt fest, dass 30 Stadtverordnete, davon 28 in Präsenz und 2 per Videozuschaltung sowie der Bürgermeister anwesend bzw. zugeschaltet sind, mithin **31 Stimmberechtigte (Anlage 1)**.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
3	Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 17.10.2024	

Herr Zinn merkt an, dass aus der Beantwortung zu seiner Anfrage AF/0012/2024 „Gemeinschaftsunterkunft (GU) Lindenpark in Eberswalde“ nicht namentlich erkennbar sei, dass er die entsprechende Anfrage gestellt habe.

Nachrichtliche Anmerkung:

Hierbei handelt es sich um ein Antwortschreiben des Landkreises Barnim, auf den die Stadtverwaltung Eberswalde keinen Einfluss hat. Aus dem Antworttext geht im Übrigen hervor, dass Herr Zinn die Anfrage gestellt hat. Des Weiteren geht dies aus der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde am 17.10.2024 hervor.

Es werden keine sonstigen Einwendungen vorgetragen.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
4	Feststellung der Tagesordnung	

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
5	Informationen des Vorsitzenden	

- 5.1 Zur Anfrage von Herrn Zinn unter TOP 3 der Niederschrift der StVV vom 17.10.2024 wird im nichtöffentlichen Teil Stellung genommen.
- 5.2 Der Seniorenbeirat teilte mit, dass in der konstituierenden Sitzung am 28.10.2024 Herr Werner Voigt zum Vorsitzenden und Frau Gabriele Kulikowski zur stellvertretenden Vorsitzenden des Seniorenbeirates gewählt wurde. Mit E-Mail vom 12.11.2024 teilte der Seniorenbeirat sodann mit, dass Herr Werner Voigt als Vorsitzender zurückgetreten sei und in der nächsten Sitzung des Seniorenbeirates am 25.11.2024 die Frage des Vorsitzes geklärt werden solle.
- 5.3 Die Beantwortung der Fragen von Vertretern der Interessengemeinschaft Saarstraße aus der Einwohnerfragestunde der letzten StVV wurden als Anlagen zur Niederschrift der StVV vom 17.10.2024 an alle Stadtverordneten versandt.

- 5.4 Die Beantwortung der Frage von Herrn Rennert bezüglich der bisherigen angefallenen Kosten des Bauvorhabens „Saarstraße“ wurde als Anlage zur Niederschrift der StVV vom 17.10.2024 an alle Stadtverordneten versandt.
- 5.5 Die Beantwortung der Anfrage AF/0022/2024 „Verwendung der sogenannten ‚Gendersprache‘ durch öffentliche Einrichtungen der Stadt Eberswalde“ aus der letzten StVV wurde als Anlage zur Niederschrift der StVV vom 17.10.2024 an alle Stadtverordneten versandt.
- 5.6 Die Beantwortung der Frage von Herrn Dietterle zum Trinkwasserschutzgebiet wurde als Anlage zur Niederschrift der StVV vom 17.10.2024 an alle Stadtverordneten versandt.
- 5.7 Eine Pressemitteilung des Landkreises Barnim zum Thema „Unterbringung von Geflüchteten in Eberswalde“ wurde am 11.11.2024 per E-Mail an alle Stadtverordneten versandt und ist auch als Anlage 5 zur Niederschrift der StVV vom 17.10.2024 im Bürgerinformationssystem abrufbar.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
6	Einwohnerfragestunde	

6.1 Einwohnerin:

- berichtet, dass sie vor einigen Wochen von der Friedrich-Ebert-Straße über die Eisenbahnstraße zum Hauptbahnhof spaziert sei und ihr dabei aufgefallen sei, dass die Geschäftswelt und das Angebot einseitig seien und nachgelassen habe; sie fragt, inwieweit die Stadtverwaltung Einfluss darauf habe, welche Geschäfte, Restaurants und Dienstleister dort eröffnet werden, da eine Stadt von der Vielseitigkeit und auch vom Tourismus lebe

Herr Herrmann teilt mit, dass die Stadt nur begrenzt Einfluss nehmen könne und Eberswalde kein Einzelfall sei. Er berichtet, dass er das Städteforum besucht und ähnliches auch von anderen Kommunen vernommen habe. In der sozialen Marktwirtschaft gebe es bestimmte Regelungen und der Markt bestimme auch oftmals, wer sich dort ansiedele und wer nicht. Nicht immer könne die Verwaltung darauf Einfluss nehmen. Es liege an mehreren Faktoren wie beispielsweise dem eigenen Einkaufsverhalten von uns selbst und auch am Fachkräftemangel, mit denen die Geschäfte zu tun hätten. Mitunter gebe es keine Nachfolger, so dass die Geschäfte geschlossen werden müssten. Es mangle an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bestimmte Dienste tun wollen. Die Rahmenbedingungen, auf die die Stadt Einfluss nehmen könne, seien sehr begrenzt. Dennoch sei die Stadtverwaltung bemüht, dass eine bessere Situation für den Einzelhandel geschaffen werde. Er würde sich auch mehr Vielfalt bei den Geschäften wünschen. Die Stadt sei an diesem Thema dran.

Herr Jur nimmt ab 18:14 Uhr an der Sitzung teil (**32 Stimmberechtigte**).

Herr Banaskiewicz nimmt ab 18:17 Uhr per Videozuschaltung an der Sitzung teil (**33 Stimmrechte**).

6.2 Einwohnerin:

- bezieht sich leerstehende Gebäude Kupferhammerweg 1 und fragt, ob die Stadtverwaltung dort sogenannte Notunterkünfte und/oder Kältehilfen anbieten könne; es habe in der Vergangenheit solche Kaffeetreffe gegeben; sie selbst komme aus der Wohnungslosenhilfe; sie bedauere, dass es so viele Obdachlose in Eberswalde gebe

Herr Herrmann teilt mit, dass es vor einiger Zeit eine Begehung des leerstehenden Gebäudes Kupferhammerweg 1 gegeben habe. Das Gebäude sei in einem sehr schlechten Zustand. Es sei schwierig, dieses Gebäude in diesem Zustand anzubieten. Das Gebäude soll an einen sozialen Träger veräußert werden. Die Stadt werde dazu im Fachausschuss 3 berichten.

6.3 Einwohnerin der Interessengemeinschaft Saarstraße:

- gibt ihren Wortbeitrag als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 2**)

Herr Herrmann merkt an, dass zum Teil Zitate aus einem kompletten Werk vorgetragen worden seien. Die Stadt wolle sich weiter mit diesem Thema beschäftigen und sich zunächst auf den vorderen Teil der Saarstraße konzentrieren, was mit einer Beschlussfassung im Dezember 2024 erfolgen soll. Er sagt, dass etwas für den ÖPNV getan und primär weiter ausgebaut werden soll. Er möchte nicht, dass der Eindruck forciert werde, dass sowohl die Stadt, Juristen und auch Planer nicht gesetzeskonform handeln würden oder gehandelt hätten. Er distanzieren sich von solchen Aussagen. Jeder könne unterschiedlicher Meinung sein und es könne auch darüber diskutiert werden. Herr Herrmann teilt mit, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

Nachrichtliche Anmerkung:

Eine schriftliche Antwort des Tiefbauamtes erfolgte mit Schreiben vom 04.12.2024, welches in Kopie als **Anlage 3** beigefügt ist.

6.4 Einwohner der Interessengemeinschaft Saarstraße:

- gibt seinen Wortbeitrag als Anlage zur Niederschrift (vgl. **Anlage 4**)

Herr Herrmann teilt mit, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

Nachrichtliche Anmerkung:

Eine schriftliche Antwort des Rechtsamtes erfolgte mit Schreiben vom 05.12.2024, welches in Kopie als **Anlage 5** beigefügt ist.

Eine schriftliche Antwort des Tiefbauamtes erfolgte mit Schreiben vom 04.12.2024, welches in Kopie als **Anlage 6** beigefügt ist.

Die Einwohnerfragestunde endet um 18:34 Uhr.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
7	Informationen aus der Stadtverwaltung	

7.1 Herr Herrmann:

- bedankt sich bei allen Organisatoren, Sponsoren, Helferinnen und Helfern (Polizeirevier Eberswalde, Rettungsdienste, Freiwillige Feuerwehr der Nachbargemeinde Britz, Technische Werke GmbH) für den Stadtlauf, der in einer etwas anderen Form als sonst, am Sonntag, den 10.11.2024 nachgeholt werden konnte
- sagt, dass er am 24.10.2024 an einer Wehrführerberatung der Freiwilligen Feuerwehren teilgenommen habe; es sei vereinbart worden, dass zukünftige Besuche des Bürgermeisters an den Übungstagen der Freiwilligen Feuerwehren stattfinden werden; er wolle zum Ausdruck bringen, dass neben der Berufsfeuerwehr auch die Freiwilligen Feuerwehren wichtig seien
- teilt zur Ardelt Kranbau GmbH mit, dass es für ihn persönlich eine der schönsten Nachrichten seiner bisherigen Amtszeit sei, dass die „lange Talsohle“ des Kranbaus am 08.11.2024 durchschritten werden konnte und wieder Krane in Eberswalde produziert werden würden; die Auftragsbücher seien voll; er bedanke sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, beim Betriebsrat und der Geschäftsführung des Kranbaus für das lange Durchhaltevermögen sowie bei allen Beteiligten, die die Rettung des Kranbaus und auch die zukünftige Produktion von Eberswalder Kranen gesichert hätten; er wünsche dem Kranbau gutes Gelingen
- teilt mit, dass es in den letzten Wochen einige Treffen zwischen Händlerinnen und Händlern aus der Innenstadt sowie Vertretern der Verwaltung gegeben habe; Hauptaugenmerk seien die Auswirkungen des Brandes und der Straßensperrungen in der Friedrich-Ebert-Straße für die Händlerinnen und Händlern gewesen; er sagt, dass als erstes Ergebnis das Referat für Smart City und Stadtmarketing die Idee eines Weihnachtsshoppings entwickelt habe, welches vom 29.11.2024 bis zum 08.12.2024 stattfinden werde; es werde viele Weihnachtsaktionen in den Geschäften der Eberswalder Innenstadt geben, inklusive eines Gewinnspiels mit der Möglichkeit, einen von drei „Eberswalder“ Gutscheinen im Wert von 300 €, 200 € oder 100 € zu gewinnen; zusätzlich werde es Kulturprogramm und Illuminationen geben; die Details zu den Aktionen könnten unter www.eberswalde.de/weihnachtsshopping abgerufen werden
- teilt mit, dass Herr Broschell ab 02.01.2025 seine Stelle als Amtsleiter für Wirtschaftsförderung antreten werde
- teilt mit, dass er am 05.11.2024 von der Ersten Beigeordneten und Baudezernentin Frau Fellner um die Versetzung in den Ruhestand zum 31.05.2025 gebeten worden sei; dies sei frühzeitig in enger und vertraulicher Abstimmung mit ihm erfolgt, daher habe er dieser Bitte auch entsprochen; mit den heutigen Austauschseiten zum Entwurf der „5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung“ schlage er vor, dass die erste Stellvertretung des Bürgermeisters mit Wirkung zum 01.06.2025 wieder durch eine bzw. einen durch die StVV benannte allgemeine Stellvertreterin bzw. einen allgemeinen Stellvertreter des Bürgermeisters und nicht mehr durch eine Erste Beigeordnete bzw. einen Ersten Beigeordneten wahrgenommen werde, also zu der bereits in den

Jahren 2013 bis Herbst 2021 praktizierten Regelung zurückzukehren; er glaube, dass sich alle darüber einig seien, dass die bestmögliche Nachfolge von Frau Anne Fellner für unsere Stadt und die zukünftige Stadtentwicklung gebraucht werde; dafür benötige er aber auch die optimalen Rahmenbedingungen, um ein möglichst breites Spektrum an Fachleuten anzusprechen; die zusätzlichen fachlich-rechtlichen Anforderungen, die mit einer Beigeordnetenstelle einhergehen, würden die Suche so stark einschränken, dass er wenig Hoffnung hätte, zeitnah eine geeignete Kandidatin bzw. einen geeigneten Kandidaten für das Baudezernat vorstellen zu können; sofern dies heute so beschlossen werden würde, wäre der weitere Weg – nach heutigem Stand wie folgt:

- eine Stellenausschreibung werde in der kommenden Woche in den Personalrat gehen
 - mögliche Ausschreibung ab dem 28.11.2024
 - Ende der Ausschreibungsfrist bis Anfang Januar 2025
 - Entscheidung über eine erste Auswahl der Bewerberinnen/Bewerber für Einladung zu den Bewerbungsgesprächen ca. Mitte Januar 2025
 - Bewerbungsgespräche Anfang Februar 2025
 - mögliche Vorstellung und Bestätigung in der StVV am 20.03.2025
 - Zielsetzung: schnellstmöglicher Beginn (sehr individuell je Bewerberin bzw. Bewerber, frühestens wohl ab dem 01.06.2025)
- macht Ausführungen zum Besuch des Städteforums Brandenburg und teilt mit, dass Frau Fellner als Vorsitzende am 20.11.2024 auf der Mitgliederversammlung des Städteforums verabschiedet worden sei; er sagt, dass er nach einer Neuwahl in den Vorstand gewählt worden sei; unsere Stadt sei also weiterhin aktiv im Städteforum tätig
- lädt zur Einwohnerversammlung am kommenden Montag, dem 25.11.2025, um 17 Uhr in der Aula der Karl-Sellheim-Schule für den Ortsteil Eberswalde 2 (Westend, Kupferhammer und Nordend) ein
- macht anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 7**) Ausführungen zum diesjährigen Weihnachtsmarkt, der vom 29.11.2024 bis zum 08.12.2024 gehen werde

7.2 Herr Berendt:

- teilt mit, dass im neuen Jahr die Bundestagswahlen im Februar 2025 erwartet werden; die internen Vorbereitungen seien bereits angelaufen und Kontakt mit dem zuständigen Kreiswahlleiter aufgenommen worden; er teilt mit, dass die Stadt bereits jetzt Wahlhelferinnen und Wahlhelfer suche und Unterstützung benötige; Interessenbekundungen können unter der bereits bekannten Funktionsadresse wahlhelfer@eberswalde.de abgegeben werden
- teilt zur neuen Grundsteuerreform, die zum 01.01.2025 in Kraft treten werde, mit, dass er die Anregung einiger Stadtverordneten aufgenommen hat: Am 18.11.2024 sei eine Pressemitteilung herausgegeben worden, in der zum einen die aktuelle Situation und Lage beschrieben werde und zum anderen das von der Stadt geplante weitere Vorgehen dargelegt wird, so dass mögliche Fragen damit beantwortet werden konnten
- teilt bezugnehmend auf die von Frau Kersten im Hauptausschuss am 14.11.2024 gestellte Anfrage unter TOP 11.1 mit (vgl. öffentliche Niederschrift des HA vom 14.11.2024, Seite 9) woran

es liegt, dass die Stadt Eberswalde die im Kreisentwicklungsbudget vorhandenen Mittel in Höhe von 178.680 Euro bisher nicht abgerufen habe, dass die Richtlinie zum Kreisentwicklungsbudget eine klare Zielsetzung habe; es sollen finanziell schwächere Gemeinden gefördert werden, so dass notwendige Investitionen im Bereich Klimaschutz und Klimawandelanpassung realisiert werden können; die aktuelle Richtlinie sei zeitlich bis zum 31.12.2024 befristet und soll fortgeschrieben werden; Voraussetzung für diese Förderung sei, dass die Gemeinden in dem jeweiligen Förderjahr in einer Fördergebietskulisse über die LEADER-Förderrichtlinie zugehörig seien; eine Ausnahme in dieser Richtlinie sei für die Förderung im Bereich des Brandschutzes und der örtlichen Hilfeleistungen nach dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz formuliert. Er habe eine Zusammenstellung der Jahre 2022 bis 2024 vornehmen lassen und sagt, dass die Stadt Eberswalde keine Förderung für städtebauliche Entwicklungen erhalten habe, da sie aktuell keine Fördergebietskulisse LEADER ausweisen könne; die Feuerwehren haben von diesem Entwicklungsbudget profitieren können; in der Summe für die Jahre 2022 bis 2024 seien es 182.541,55 € (2022: Modernisierung der bestehenden Feuerwehrsirenen; 2023: Tagesdienstbekleidung und 2024: geplante neuen Sirenen); eine Realisierung der geplanten neuen Sirenen sei allerdings erst in 2025 möglich; die Zusage der Mittel seien beim Landkreis erbeten worden, so dass diese auch in 2025 zur Verfügung stehen sollten

7.3 Herr Schlüter:

- teilt mit, dass der Kapazitäts-Ausbau der Kita Löwenherz zum 01.02.2025 abgeschlossen werde; mit dem Vermieter sei die Fertigstellung des 1. Obergeschosses zur Schaffung weiterer 30 Kita-Plätze zum 01.02.2025 vereinbart worden; dafür müsse die Kita vom 02.12.2024 bis zum 20.12.2024 freigezogen werden; alle Kinder könnten in dieser Zeit im Kinderparadies Nordend betreut werden; die Eltern seien darüber heute informiert worden
- informiert, dass in der Kita „Haus der Kleinen Forscher“ in der laufenden Woche aufgrund eines hohen Krankenstands eingeschränkte Öffnungszeiten gelten und die Kinder derzeit von 6:00 Uhr bis 16:00 Uhr betreut werden könnten

Herr Zinn weist darauf hin, dass das Weihnachtsprogramm zwar im (bereits digital verfügbaren) Amtsblatt für die Stadt Eberswalde Ausgabe Nr. 09/2024 vom 22.11.2024 stehe, äußert jedoch die Sorge, dass die Papiausgaben des Amtsblattes nicht rechtzeitig an die Haushalte zugestellt werden würden. Er bittet daher darum, dass der Weihnachtsflyer in allen Orts- und Stadtteilen von Eberswalde verteilt werde.

Herr Zinn fragt zur Besetzung des Amtsleiters für Wirtschaftsförderung zum 02.01.2025, ob es stimme, dass das Amt derzeit unbesetzt sei und es im Stellenplan neben dem Amtsleiter zwei weitere Sachbearbeiterstellen gebe.

Herr Herrmann sagt, dass er zu Personalien im nichtöffentlichen Teil informieren werde. Er bestätigt jedoch, dass für das Amt für Wirtschaftsförderung neben dem Amtsleiter zwei Sachbearbeiterstellen vorgesehen seien.

Die Informationen aus der Stadtverwaltung enden um 18:56 Uhr.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
8	Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen	

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9	Genehmigung von Eilentscheidungen	

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10	Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)	
10.1	5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde	BV/0041/2024

Ein Änderungsantrag der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur vom 17.10.2024 und ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion CDU / FDP / Bürgerfraktion Barnim und der Fraktion SPD|BfE vom 26.10.2024 wurden vor der Sitzung an alle Stadtverordneten übersandt.

Der Einreicher der Beschlussvorlage hat mitgeteilt, dass der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion CDU / FDP / Bürgerfraktion Barnim und der Fraktion SPD|BfE betreffend einen „Beirat für Menschen mit Behinderung“ sowie der im Hauptausschuss vom 14.11.2024 gestellte mündliche Änderungsantrag der Fraktion SPD|BfE zur Anhebung der Wertgrenzen für den Hauptausschuss (75.000 € statt bisher 50.000 €) übernommen wurden. Entsprechende Austauschseiten zu Anlage 1 der Beschlussvorlage (**vgl. Anlage 8**) und Anlage 2 der Beschlussvorlage (**vgl. Anlage 9**) wurden vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt.

In Bezug auf den Änderungsantrag der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur vom 17.10.2024 teilt Herr Rennert im Namen der Fraktion SPD|BfE mit, dass dem Grundsatz des Änderungsantrages gefolgt werden könne, jedoch wäre es dann möglich, dass ein einzelner Einwohner (3 × 5 Minuten=) 15 Minuten sprechen dürfe und so gegebenenfalls nur höchstens vier Einwohnerinnen bzw. Einwohner in der Einwohnerfragestunde von höchstens 60 Minuten zu Wort kommen würden. Aus diesem Grund stellt Herr Rennert im Namen der Fraktion SPD|BfE den Änderungsantrag, dass im bisherigen § 21 Abs. 2 Satz 4 (zukünftig § 22 Abs. 2 Satz 4) das Wort „drei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt wird.

Herr Dietterle teilt im Namen der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur, dass er den Änderungsantrag von Herrn Rennert zustimme und diesen so übernehme.

Herr Rennert teilt ferner als Miteinreicher des ursprünglichen Änderungsantrages der Fraktion CDU / FDP / Bürgerfraktion Barnim und der Fraktion SPD|BfE betreffend den „Beirat für Menschen mit Behinderungen“ mit, dass der Änderungsantrag dahingehend angepasst werde, dass die Anzahl der Mitglieder auf maximal „12“ erhöht werde.

Herr Herrmann merkt an, dass es sich beim „Beirat für Menschen mit Behinderungen“ um eine besondere Personengruppe handele, für die die Verwaltung genügend finanzielle Ausstattung und gegebenenfalls auch Personal benötige. Aktuell sei dies im Haushalt der Stadt nicht eingeplant. Aus dem Grund appelliert Herr Herrmann, dass – sofern der Erhöhung der Mitglieder zugestimmt werde – der Stadtverwaltung bei Bedarf dann auch entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Zinn regt an, die Bezeichnung des Beirates in „Beirat zur Integration von Menschen mit Behinderungen“ zu ändern. Er merkt an, dass er dem Änderungsantrag aus heutiger Sicht nicht zustimmen könne. Er hätte sich gewünscht, dass man sich für die Bildung eines neuen Beirates mehr Zeit genommen hätte, um in den Fachausschüssen darüber zu sprechen und die vom Bürgermeister angesprochenen Dinge zu klären. Er sei der Meinung, dass solche Anliegen sorgfältig vorbereitet werden sollen und nicht im Schnellverfahren.

Herr Zinn teilt weiter mit, dass er dem zweiten Änderungsantrag in dieser Form nicht zustimmen werde. Er sei der Meinung, dass das Vortragen des Procedere in der Einwohnerfragestunde überholt sei. Er ist der Ansicht, dass die Hauptsatzung in ihrer sprachlichen Fassung nicht barrierefrei sei. Er könne der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Zinn merkt an, dass er angeregt habe, eine Qualifizierung der Bezeichnung des Beirates vorzunehmen. Er empfehle dem Bürgermeister und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung ein Gespräch mit der Stadt Bernau bei Berlin zu suchen. Er hätte sich eine qualifiziertere Diskussion gewünscht. Er merkt an, dass er den Behindertenbeirat formal nicht brauche. Seit 2008 habe er als Stadtverordneter immer die Interessen der Personengruppen in allen Fachausschüssen vertreten.

Herr Zinn teilt mit, dass die Beschlussvorlage „5. Änderung zur Änderung der Hauptsatzung“ in keinem der Fachausschüsse behandelt worden sei. Er meint, dass Fachausschussarbeit kaum stattfinde.

Am Ende der Diskussion teilt der Einreicher der Beschlussvorlage mit, dass der geänderte Änderungsantrag der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur übernommen werde sowie bezüglich des „Beirats für Menschen mit Behinderungen“ auch die Erhöhung auf maximal „12“ Mitglieder. Aus diesem Grund wird der Artikel 1 der Anlage 1 wie folgt abgeändert:

Nummer 18

Im Entwurf für den neuen § 20 wird in § 20 Absatz 1 Satz 3 die Ziffer „9“ durch die Zahl „12“ ersetzt.

Nummer 22

Die Passage „und das Wort ‚drei‘ durch das Wort ‚fünf‘ ersetzt.“ wird ergänzt.

Nachrichtliche Anmerkung:

Die überarbeiteten Fassungen der nochmals entsprechend geänderten Austauschseiten zur Anlage 1 der Beschlussvorlage (vgl. Anlage 10) und zur Anlage 2 der Beschlussvorlage (vgl. Anlage 11) sind als Anlagen 10 und 11 zu dieser Niederschrift beigelegt und sind auch im Bürgerinformationssystem abrufbar.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Beschlussvorlage:

mehrheitlich mit der erforderlichen Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt

JA	NEIN	ENTHALTUNG	ERGEBNIS
31	1	1	⇒ mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 4/38/24

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigelegte 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.2	5. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Eberswalde (StrR EW)	BV/0065/2024

Die Verwaltung teilt mit, dass auf Seite 9 zur Anlage der Beschlussvorlage unter lfd. Nr. 261 Promenade Nordend III von Kiefernweg bis die Worte „Neue Straße“ ergänzt wurde. Eine entsprechende Austauschseite wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten übersandt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 4/39/24

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigelegte 5. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Eberswalde (StrR EW).

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.3	7. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung von öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)	BV/0062/2024

Eine Austauschvorlage zur Beschlussvorlage wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten übersandt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 4/40/24**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte 7. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung von öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung).

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Plankalkulation 2025/2026 Straßenreinigung und Winterdienst sowie die Betriebsabrechnungen 2022 und 2023 Straßenreinigung und Winterdienst zustimmend zur Kenntnis.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.4	Jahresabschluss der Stadt Eberswalde zum 31.12.2023	BV/0056/2024

Austauschseiten zur Anlage der Beschlussvorlage (**Anlage 12**) wurden vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt.

Der Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde zum 31.12.2023 wurde ebenfalls vor der Sitzung an alle Stadtverordneten per E-Mail übersandt und ist im Bürgerinformationssystem abrufbar.

Herr Zinn teilt mit, dass er der Beschlussvorlage zustimmen werde. Aus seiner Sicht sei diese jedoch nicht barrierefrei. Er regt an, dass der Jahresbericht künftig in einem anderen Format erarbeitet werden könnte. Er finde, dass andere Kommunen überaus moderner aufgestellt seien, wie z. B. die Stadt Bernau bei Berlin. Herr Zinn regt an, dass der Rechnungsprüfungsausschuss und der Hauptausschuss an einem Tag hätten abgehalten werden können, weil beide Ausschüsse relativ kurz waren. Die Stadt investiere viel Geld für diese Ausschusssitzungen. Herr Zinn regt an, dass der Rechnungsprüfungsausschuss Bestandteil des Hauptausschusses werden könne, so wie es andere Kommunen handhaben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 4/41/24**

Der geprüfte Jahresabschluss der Stadt Eberswalde per 31.12.2023 wird beschlossen.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.5	Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den Jahresabschluss 2023	BV/0057/2024

Herr Herrmann erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil (**32 Stimmberechtigte**).

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 4/42/24**

Dem Bürgermeister wird nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf die uneingeschränkte Entlastung für den Jahresabschluss 2023 der Stadt Eberswalde erteilt.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.6	Anpassung der Höhe der Fraktionsgelder	BV/0071/2024

Herr Herrmann nimmt wieder an der Sitzung teil (**33 Stimmberechtigte**).

Herr Weingardt teilt mit, dass die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) zur Finanzlage der deutschen Kommunen, insbesondere den Asyl-/Migrationskosten Folgendes geschrieben habe: „Vor allem im sozialen Bereich schafft der Bund ständig neue Aufgaben für die Kommunen. [...] Bislang kaum beachtet, bahnt sich in den deutschen Städten und Gemeinden ein finanzielles Desaster an, das die ohnehin taumelnde Republik vollends aus der Bahn werfen könnte. Seit drei Jahren verschlechtert sich die finanzielle Lage rapide.“ (vgl. Der Bund treibt die Städte in ein Desaster, FAZ-Gastbeitrag von Boris Palmer, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-die-bundesregierung-die-staedte-in-ein-desaster-treibt-110074911.html>, vom 28.10.2024, abgerufen am 03.11.2024). Herr Weingardt trägt vor, dass es vor kurzem einen offenen Brief an den Landrat gegeben habe, der auch mit unserem Bürgermeister und den anderen Vertretern der Kommunen abgestimmt worden sei. In diesem Brief stehe: „Wir haben ein Problem im Kreishaushalt für die nächsten zwei Jahre. Es sei nicht absehbar, dass es einen ausgeglichenen Haushalt geben werde, ohne dass Schulden aufgenommen werden und die Kreisumlage erhöht werde. Die Kommunen im Barnim rufen dazu auf, alle freiwilligen Leistungen des Landkreises auf den Prüfstand zu stellen, alle Pflichtaufgaben effizienter zu gestalten und Zuwendungen an Tochtergesellschaften konsequent zu überprüfen.“ Er weist darauf hin, dass sich die Kreisumlage auch auf uns auswirken würde. Im letzten Rechnungsprüfungsausschuss des Landkreises Barnim sei klargeworden, dass sich der Kontostand des Landkreises Barnim um 25 Mio. EUR verringert habe. Er zitiert den Oberbürgermeister von Tübingen, Herrn Boris Palmer, der im ZDF im November 2024 davon gesprochen habe, dass die hohen „Aufwendungen für Flüchtlinge“ dazu führten, dass in Tübingen eine „Verdoppelung der Grundsteuer für alle, Streichung jeder zweiten Busfahrt, Schließung eines Theaters und eines Hallenbads“ drohen (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/lanz-palmer-migration-sicherheitspaket-ampel-100.html>, abgerufen am 03.11.2024). Herr Weingardt führt weiter aus, dass das Magazin Kommunal.de zum Thema Asyl-/Migrationskosten der Kommunen jüngst veröffentlicht hätte, dass „Zahlreiche Landkreise und Kommunen keine konkreten Zahlen hätten [zu den Asyl-/Migrationskosten] nennen wollen. Die Begründung: Die Kosten würden ja von Bund und Ländern erstattet. Dass diese Rechnung nicht funktioniert habe, aber zig andere Landkreise in ihren sehr detaillierten Zahlen widerlegt.“ (<https://kommunal.de/das-geben-kommunen-fuer-migration-wirklich-aus-was-bund-und-laender-erstatten>, vom 31.10.2024). Kommunal.de nenne ein Beispiel des Landkreises Warendorf, welcher seit 2015 einen Eigenanteil von 41 Mio. EUR hätte leisten müssen, der eben nicht wiedererstattet worden sei. Herr Weingardt behauptet, dass zahlreiche Landkreise mauern würden und auch der Landkreis Barnim die Kosten mit der Begründung, dass diese durch die Umlage gedeckt würden, nicht nennen wolle. Er habe im Rechnungsprü-

fungsausschuss des Kreistages des Landkreises Barnim erfahren, dass intern verschleiert werde. Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises könne nicht die genauen Kosten für anfallende Immobilien zur Aufnahme von Asylbewerbern benennen. Diese seien nicht objektbezogen aufgeschlüsselt und die Kosten verschleiert. Er meint, dass es diese Probleme auf allen Ebenen gebe. In Eberswalde gebe es seit einigen Jahren Probleme bei der Tochtergesellschaft Technische Werke Eberswalde GmbH (TWE); dort würden Verluste eingefahren. Er trägt vor, dass auch die WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) finanzielle Probleme sowie auch Liquiditätsprobleme habe, die sie nur noch aus der Substanz löse. Herr Weingardt ruft alle Stadtverordneten auf, sich intensiv mit den Geschäftsberichten zu beschäftigen und Finanzfachleute in die Aufsichtsräte zu entsenden, um eine Geschäftsberichtsanalyse zu betreiben. Er meint, dass es nicht nur um die Finanzen gehe, sondern es dringende soziale Fragen zu klären gebe. Herr Weingardt bietet an, bei Interesse behilflich zu sein, wo es aufgezeigt werden könne. Er merkt an, dass der Landkreis Barnim erst ein Viertel seines Jahressolls erfüllt habe und es ein Zuzug geben werde, was zur Folge hätte, dass die Jahresplanung (Kita- und Schulplätze) angepasst werden müsse. Er meint, dass es jede Menge zu tun gebe. Er kritisiert, dass die Fraktionsgelder erhöht werden sollen und der Fachausschuss 1 ausgefallen sei.

Herrn Zinn bemerkt, dass klar sei, dass die Erhöhung der Fraktionsgelder keine Freude unter der Bevölkerung hervorrufe. Herr Zinn sei der Meinung, dass wenn man sparen wolle, über eine Aufgabenkritik und eine Personalbedarfsplanung in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert werden sollte, weil es viele Reserven gebe. Er vermisse in der Beschlussvorlage die Klärung der Kostenfrage für die Anmietung von Räumlichkeiten in städtischen Liegenschaften. Ansonsten begrüße seine Fraktion die Beschlussvorlage. Er werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Weingardt beantragt im Namen der Fraktion Alternative für Deutschland namentliche Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Herr Mikolaszek stellt im Namen der Fraktion Alternative für Deutschland den Geschäftsordnungsantrag, dass die Beschlussvorlage in den Fachausschuss 1 und in den Hauptausschuss verwiesen werde.

Herr Weingardt beantragt im Namen der Fraktion Alternative für Deutschland für den Geschäftsordnungsantrag eine namentliche Abstimmung.

Die namentliche Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag wird vorgenommen.:

lfd. Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1	Banaskiewicz	Frank		X	
2	Dietterle	Oskar		X	
3	Eberhardt	Florian	X		
4	Fischer	Kurt		X	

5	Fritsche	Maximilian	X		
6	Grohs	Uwe		X	
7	Herrmann	Götz		X	
8	Hiekel	Ronny		X	
9	Hoeck	Martin		X	
10	Jur	Danko		X	
11	Kersten	Irene		X	
12	Kuffert	Roman	X		
13	Maskow	Christoph		X	
14	Mertinkat	Christian		X	
15	Mikolaszek	Matthäus	X		
16	Mrozek	Jörg	X		
17	Oehler	Karen		X	
18	Ortel	Dietmar			X
19	Polzer-Storek	Sarah		X	
20	Rennert	Steve		X	
21	Sandow	Riccardo			X
22	Schley	Christian			X
23	Schmitz-Seifert	Michaela	X		
24	Seifert	Marco	X		
25	Streich	David	X		
26	Sydow	Isabell		X	
27	Walter	Katharina		X	
28	Weingardt	Tilo	X		
29	Wiebke	Torsten		X	
30	Winkelmann	Daniel		X	
31	Wolfgramm	Mirko		X	
32	Wrase	Ringo		X	
33	Zinn	Carsten		X	

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag zum Verweis in den F1 und HA:
mehrheitlich abgelehnt

Die namentliche Abstimmung zum Antrag aus der Beschlussvorlage wird vorgenommen:

Ifd. Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1	Banaskiewicz	Frank	X		
2	Dietterle	Oskar	X		
3	Eberhardt	Florian		X	
4	Fischer	Kurt	X		
5	Fritsche	Maximilian		X	
6	Grohs	Uwe	X		
7	Herrmann	Götz	X		
8	Hiekel	Ronny	X		
9	Hoeck	Martin	X		
10	Jur	Danko	X		
11	Kersten	Irene	X		
12	Kuffert	Roman		X	
13	Maskow	Christoph	X		
14	Mertinkat	Christian	X		
15	Mikolaszek	Matthäus		X	
16	Mrozek	Jörg		X	
17	Oehler	Karen	X		
18	Ortel	Dietmar			X
19	Polzer-Storek	Sarah	X		
20	Rennert	Steve	X		
21	Sadow	Riccardo			X
22	Schley	Christian			X
23	Schmitz-Seifert	Michaela		X	
24	Seifert	Marco		X	
25	Streich	David		X	
26	Sydow	Isabell	X		
27	Walter	Katharina	X		
28	Weingardt	Tilo		X	
29	Wiebke	Torsten	X		
30	Winkelmann	Daniel	X		
31	Wolfgramm	Mirko	X		

32	Wrase	Ringo	X		
33	Zinn	Carsten	X		

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 4/43/24

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt in Abänderung des Beschlusses Nr. 37/294/18 vom 22.03.2018, dass mit Wirkung zum 01.12.2024 der Betrag, der den einzelnen Fraktionen jährlich gewährt wird, nach dem folgenden Verteilungsmaßstab gebildet wird: Jeder Fraktion wird ein jährlicher Sockelbetrag in Höhe von 1.000,00 € gezahlt. Des Weiteren erhält jede Fraktion pro Jahr und Mitglied einen Einzelbetrag in Höhe von 1.200,00 €.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
11	Informationsvorlagen	

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

Es wird eine 20-minütige Pause eingelegt.

Die Sitzung wird um 20:25 Uhr fortgesetzt.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
12	Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung	
12.1	Fraktion Alternative für Deutschland: Zweite Nachfolgeanfrage zur Flüchtlingsunterkunft „Haus am Stadtsee“	AF/0025/2024

Die Beantwortung wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt (**Anlage 13**).

Herr Mikolaszek teilt im Namen der Fraktion Alternative für Deutschland mit, dass es die dritte Beantwortung der Anfrage von der Stadt sei. Er sei mit der Beantwortung der Anfrage AF/0025/2024 nicht zufrieden. Er erkenne keinen Erkenntnisdrang der Stadt und auch keinen ausgeprägten Ansatz von Transparenz durch den Landkreis Barnim. Er halte es für unverschämt, dass die Stadt für weitere Informationen auf den „Tag der offenen Tür“ am 05.12.2024 verweise. Ferner sei der Zeitraum, dass die Flüchtlingsunterkunft Mitte des IV. Quartals 2024 bezugsfertig sein soll, überschritten. Die Bürgerinnen und Bürger hätten ein Recht darauf, umfassend informiert zu werden. Der verspätete „Tag der offenen Tür“ könne dieses Versagen nicht mehr heilen. Er ist der Ansicht,

dass es ein grundsätzliches Problem gebe, nicht nur in der mangelnden Korrespondenz zwischen der Stadtverwaltung Eberswalde und dem Landkreis Barnim, sondern auch in der Informationsweitergabe.

12.2 Herr Dietterle:

- regt als Ortsbeiratsmitglied des Ortsbeirates der Clara-Zetkin-Siedlung an, dass die Jugendarbeit verbessert und die Stadt dabei vielleicht unterstützen könne; der Ortsbeirat habe sich überlegt, wie sie mit den Jugendlichen besser ins Gespräch kommen könnten und habe die Idee, eine Filmvorführung durchzuführen, zu der die Jugendlichen eingeladen werden sollen; er fragt, ob die Stadt dort Unterstützung leisten könnte

Herr Herrmann begrüßt das Engagement von Herrn Dietterle. Er regt an, dass zunächst geschaut werde, was sich die Jugendlichen wünschen und welche Vorstellungen diese von Jugendarbeit haben. Vielleicht gebe es ganz andere Bedarfe. Die Stadt sei gerne bereit, Unterstützung zu leisten.

- meint, dass die Filmvorführung eine Möglichkeit sei, um mit den Jugendlichen schneller und einfacher in ein Gespräch zu kommen

Herr Schlüter teilt mit, dass es im Amt für Generationen, Sport und Integration eine Ansprechpartnerin für Jugendarbeit gebe, bei der Herr Dietterle in der Sache gut beraten werden könnte.

12.3 Herr Fritsche:

- teilt mit, dass im Stadtteil Finow am Schwanenteich die Informationsaufsteller stark beschmiert worden seien

Herr Herrmann teilt mit, dass er das Anliegen mitnehmen werde.

12.4 Herr Rennert:

- teilt mit, dass einer der unscheinbarsten und wichtigsten Vereine „Dreist e.V.“ in diesem Jahr in den Ruhestand gehen werde; der Verein habe viele Jahre eine unglaublich wichtige Arbeit für unsere Stadt aber auch für den Landkreis Barnim geleistet; er teilt mit, dass der Bürgermeister und Herr Schlüter an der Abschlussveranstaltung teilgenommen hätten und der Verein honoriert worden sei; er fragt, ob Gespräche geführt worden seien, wie diese Arbeit weitergeführt werden soll, in welchem Umfang und ob es Informationen dazu gebe; er ist der Ansicht, dass diese Arbeit nicht wegbrechen dürfe

Herr Herrmann teilt mit, dass er Kontakt mit dem Landkreis Barnim aufgenommen habe, da der Landkreis in der Verantwortung sei und die finanzielle Ausstattung über den Landkreis Barnim laufe. Er sagt, dass es Bemühungen für einen Ansprechpartner gebe, die Arbeit jedoch wohl nicht mehr in dem Umfang geleistet werden könne, wie diese der Verein geleistet habe.

12.5 Herr Zinn:

- fragt, ob seine E-Mail vom 20.11.2024 mit dem Betreff „Informationslagen zum Verkehrs- und Unfallgeschehen [...] einschließlich der Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2023“ im Bürgermeisterbereich angekommen sei

Nachrichtliche Anmerkung:

Ja, die an die Pressestelle übersandte E-Mail ist angekommen.

- berichtet, dass ihm aufgefallen sei, dass die Polizeiinspektion Barnim nicht mehr bei den Einwohnerversammlungen anwesend sei und fragt nach den Gründen

Herr Herrmann teilt mit, dass die Polizei in einigen Ortsteilen zu Einwohnerversammlungen präsent gewesen sei, jedoch nicht bei allen Einwohnerversammlungen präsent sein könne.

Herr Herrmann verweist auf die Ausführungen von Herrn Hoeck in der StVV am 17.10.2024 (siehe Niederschrift des öffentlichen Teils der StVV vom 17.10.2024, Seite 16, TOP 14.7, letzter Absatz und Seite 17, erster Absatz). Er teilt mit, dass er die Polizeiinspektion lediglich darum bitten könne, dass ein Vertreter zum Unfallgeschehen und zur Kriminalstatistik in der StVV berichte. Der Polizei sei es nicht immer möglich, dieser Bitte zu entsprechen.

- fragt, ob es schon Aktivitäten zu einem Gefahrenabwehrplan gebe und falls ja, ob diese Leistung extern ausgeschrieben oder verwaltungsintern erarbeitet werde

Herr Herrmann teilt mit, dass das Thema mitgenommen werde.

Nachrichtliche Anmerkung:

Eine schriftliche Antwort des Amtes für Brandschutz erfolgte mit Schreiben vom 05.12.2024, welches in Kopie als **Anlage 14** beigefügt ist.

- habe aus Gesprächen mit Handballern mitbekommen, dass die Räumlichkeiten des Westendstadions nicht barrierefrei seien; die Stadt gebe damit kein gutes Bild nach außen ab; er bittet, dass es mit der TWE besprochen werde; er sagt, dass im Dezember 2024 mehrere Handballturniere geplant seien

Herr Herrmann teilt mit, dass in der Vergangenheit bereits Sachen umgesetzt werden konnten, jedoch fehle das Personal. Die Geschäftsführer seien angehalten, kostensparend zu agieren. Er hoffe, dass das Problem mit der neuen Geschäftsführung angegangen werde.

- fragt unter Bezugnahme auf einen Artikel in der Märkischen Oderzeitung zu einem für das Jahr 2025 mangels Vereinbarkeit mit dem Brandschutzkonzept abgesagten Hallenfußballturniers „Oberhavel Hallenmasters“ in Oranienburg, ob auch bei uns eine solche Gefahr bestehe

Herr Herrmann teilt mit, dass das Thema mitgenommen werde.

Nachrichtliche Anmerkung:

Anders als in Oranienburg, sind bei den hiesigen bekannten Hallenturnieren im Sportzentrum Westend der Technische Werke Eberswalde GmbH (TWE) keine Spielfeldbänder im Einsatz, sodass es insofern auch keine Probleme mit Flucht- und Rettungswegen gibt.

12.6 Herr Weingardt:

- fragt nach den Vorbereitungen für die bevorstehende Bundestagswahl

Herr Berendt teilt mit, dass die internen Vorbereitungen angelaufen seien. Die Stadt ist organisatorisch und von den Kosten für diese Wahl gut aufgestellt. Die Stadt habe für das Jahr 2025 einen Ansatz geplant. Dieser wird auskömmlich sein, auch wenn die Wahl nun vermutlich deutlich früher durchgeführt werden müsse als es ursprünglich geplant gewesen sei.

- meint, dass es schwierig sein könnte, genug Wahlhelfer zu finden

Herr Berendt teilt mit, dass die Stadt Eberswalde zur ordnungsgemäßen Durchführung der Wahl Wahlhelfende sucht, die sich ehrenamtlich in einem der 37 Wahlvorstände in einem Wahllokal vor Ort oder in einem der 13 Briefwahlvorstände in Eberswalde ehrenamtlich engagieren wollen. Er sagt, dass ein entsprechender Wahlhelferaufruf als Pressemitteilung am 21.11.2024 herausgegangen sei. Ihm sei bewusst, dass es eine Herausforderung für alle Beteiligten werde. Er sagt, dass es organisatorisch einen Verwaltungsstab Wahlbehörde geben werde. Er gehe davon aus, dass mit mehr Briefwahllokalen bei der Auszählung gearbeitet werden müsse und daher mehr Wahlhelferinnen und Wahlhelfer als zur Landtagswahl benötigt werden. Auf Bitten des Kreiswahlleiters sei der Aufruf bereits jetzt zu diesem frühen Zeitpunkt erfolgt. Zunächst müsse der 16.12.2024 (Tag der Vertrauensfrage) abgewartet werden, dann würde die Bundestagswahl am 23.02.2025 durchgeführt werden. Er sei optimistisch, dass alle Wahllokale mit Wahlhelfer/innen ausgestattet werden können.

12.7 Herr Ortel:

- bittet die Verwaltung um eine kurze Information zur Situation des ehemaligen Ärztehauses (Poliklinik) im Leibnizviertel

Herr Herrmann teilt mit, dass die GLG Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH Eigentümer dieser Immobilie sei. Die GLG wolle sich überlegen, wie sie mit der Immobilie umgehen wolle. Es sei mal ein Tausch angedacht gewesen, aber auch eine Ertüchtigung für die vielfältigen Aufgaben der GLG sei im Gespräch. Die Stadt habe die GLG mehrfach gebeten, sich darum zu kümmern, weil ein längerer Leerstand schädlich für das Gebäude sei.

Die Anfragen enden um 20:45 Uhr.

Herr Hoeck beendet den öffentlichen Teil der StVV um 20:45 Uhr.

gez. Martin Hoeck
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

gez. D. Wurmsee
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde (GOSTVVEW) wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

- **Die Linke**
Irene Kersten
Katharina Walter
Sebastian Walter entschuldigt
- **Bündnis 90/Die Grünen**
Karen Oehler
Sarah Polzer-Storek
Torsten Wiebke
- **Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur**
Oskar Dietterle
Mirko Wolfgramm
- **Dezernent/in**
Maik Berendt
Bernd Schlüter
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Gabriele Kulikowski
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Florian Heilmann
Silke Leuschner
Stefan Prescher
Sandra Rasch